

Pragmatische Überlegungen zur Flüchtlingshilfe

Publiziert am 9. und 10. Mai 2017 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de

Abseits vom Streit um die Immigration sollen hier ein paar Gedanken verfolgt werden, die vielleicht etwas Klarheit in die Positionen bringen können. Was derzeit darüber geschrieben wird, läuft oft auf Kritik an der real existierenden Flüchtlingshilfe hinaus. Und dann sind da natürlich noch die unguten Kriminalitätszahlen - unten sind ein paar Links dazu versammelt. Zunächst aber geht es um grundsätzliche Gedanken (Bild: jbmaccros67, pixabay).



Besonders grundsätzlich wird es im zweiten Teil des Artikels, wo das ethische Fundament zur Sprache kommen soll. Zunächst wird aber hier von zwei Ansätzen ausgegangen, die sich konträr gegenüberstehen, und die aus ganz verschiedenen Quellen motiviert sind:

Gefühl: Viele Menschen haben sich von der Welle der Hilfsbereitschaft tragen lassen, als die Welle der Immigranten kam. Der Vorteil des gefühlsmäßigen Engagements liegt darin, dass etwas in Bewegung kommt, dass ein Problembewusstsein entsteht, und dass Hilfsbereitschaft aufgebaut wird, wo so lange Leere war. Die reale Behandlung der Probleme auf Gefühlsbasis ist allerdings ineffizient, dogmatisch und ungerecht (siehe u.a.¹ "Krisenmüde": Hilfsbereitschaft überbeansprucht - Solidarisierungspotential überreizt)

Verstand: In einer Welt, wo alle Ressourcen begrenzt sind, sind auch die seriösen ökonomischen Etats begrenzt. Bei verstandesorientierter Handlungsweise müssen Grenzen und Prioritäten beachtet werden, auch wenn das dem vorherrschenden Dogmatismus widerspricht. De facto gibt's ja nun eine undemokratisch eingeführte Grenzziehung. Und es gab von vornherein eine Priorisierung, die nur jenen selbstausgewählten Privilegierten das volle Hilfsprogramm zugesteht, die per Schlepperhilfe anreisen können. Vernünftiger wäre die Überlegung, wie man mit den begrenzten Hilfsetats die beste Hilfe für die Bedürftigsten schafft.

Allein auf Verstandesbasis tut sich allerdings kaum was. Jeder weiß schon lange um die Missstände und Probleme, ohne dass es adäquate Hilfe gegeben hätte. Es gibt sogar Organisationen, die Hilfeleistungen für die Allerbedürftigsten kanalisieren. Aber das ist mehr ein Geheimtipp für diejenigen, die für ihre Hilfsgelder optimale Wirkung anstreben. Generell wird viel Hilfsgeld suboptimal ausgegeben. Deshalb ist der Willkommens-Gefühlsaufruf ein nützliches Feature, um Hilfeleistungen überhaupt in Gang zu bringen. Wenn aber die Hilfsbereitschaft aufgebaut ist, wird es Zeit für Pragmatismus.

A - Ist-Zustand

Kriegstreiberei, Ausbeutung und Klimawandel von außen, Kleptokratie, Übervölkerung und Umweltzerstörung von innen - damit ist der Zustand von einigen Staaten umrissen. Hier muss nicht diskutiert werden, ob der Krieg von den USA, der NATO, Großbritannien, Frankreich, Russland, Saudi-Arabien oder der ISIS hineingetragen wird, oder ob er interne Ursachen hat. Hier spielt auch keine Rolle, inwieweit Fundamentalismus, Ignoranz, Ineffizienz und Korruption die Zustände verschlimmern, und inwiefern das internationale Bankensystem dabei mithilft.

Real ist, dass Millionen Menschen vor den heimischen Zuständen fliehen, die meisten innerhalb ihres Landes, viele aber auch über die Grenzen hinweg. Das Motiv muss durchaus nicht immer eine Notlage sein. Oft ist es auch der Versuch, bessere Lebensumstände zu erlangen.

B - Soll-Zustand

Wie es sein soll, ist in verschiedenen Konventionen niedergelegt:

- Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*² postuliert für jeden das Recht auf einen bekömmlichen Lebensstandard, spricht aber auch von jedermanns Pflichten gegenüber der "Gemeinschaft". Es wird offengelassen, auf welches Land und auf welche Gemeinschaft sich das bezieht oder ob immer das eigene Land und die eigene Gemeinschaft gemeint sind.
- Die *Europäische Menschenrechtskonvention*³ definiert allgemeine Rechte und Freiheiten, das Verbot von Diskriminierung und Missbrauch. Wenn von Pflichten die Rede ist, sind immer die Pflichten des Staats gemeint. Die Menschenrechte von 1. und 2. sind logisch vorgeordnet, weil sie Hilfe vor Ort verlangen, ehe geflüchtet wird.
- Die *Genfer Flüchtlingskonvention*⁴ beschreibt, wer als Flüchtling gilt und welche Rechte ihm zustehen. Es ist sogar von Pflichten die Rede: *Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu de-*

¹ <http://www.wissenbloggt.de/?p=38113>

² <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

³ http://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf

⁴ http://www.unhcr.de/no_cache/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html?cid=1790&did=7631&sechash=395ee350

nen insbesondere der Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten. Ursprünglich galt die Flüchtlingskonvention für politische Flüchtlinge, dann auch für Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge. Sie ist logisch nachgeordnet, weil sie Hilfe nur für diejenigen verlangt, die schon geflüchtet sind. Ihnen wird übrigens nicht das Recht zugestanden, selber das Land auszusuchen, von dem sie Hilfe wollen, wenn sie auf dem Weg dahin durch andere sichere Plätze kommen. Dafür heißt es aber, *die ... Staaten werden so weit wie möglich die Eingliederung und Einbürgerung der Flüchtlinge erleichtern.*

➤ Das *deutsche Asylrecht*⁵ baut auf diesen Grundlagen ein aufwendiges, willkürliches, missbräuchliches und letztlich nutzloses Procedere auf, wo die Anerkennung als Asylant an Ursprungsländer gekoppelt ist (Afghanistan *nein*, Syrien *ja*). Aber ein weggeworfener Pass, Schwangerschaft oder die Konvertierung zum Christentum (Links unten) helfen auch. Die meisten Flüchtlinge kommen nicht direkt aus Kriegsgebieten, sondern aus Flüchtlingslagern und hätten von daher keinen Anspruch auf Hilfe nach 3. Erst recht nicht diejenigen, die aus sicherer Existenz in Nachbarstaaten kommen und teils sogar vermögend sind.

Ohnehin bedeutet Nichtanerkennung nur, dass es mit anderen Hilfsangeboten weitergeht, statt Asyl eben mit "subsidiärem Schutz", Abschiebungsverbot oder sonstigem Duldungsstatus, der später zum Daueraufenthaltsrecht wird - obwohl das Asylrecht eigentlich nur einen zeitlich begrenzten Aufenthalt gewährt. Als Topleistung darf der Familiennachzug⁶ gelten, der *Anker* in Form von jungen Männern und unbegeleiteten Jugendlichen schafft. Nach deutschem Asylrecht dürfen die ihre Familie nachholen, was ein schiefes Licht auf die anerkannten Fluchtursachen wirft: Wenn die Familie zuhause abwarten kann, handelt es sich wohl kaum um erzwungene Flucht, sondern um kalkulierte Lebensverbesserungsmaßnahmen. Übrigens kennen 1., 2. und 3. weder den Begriff *Anker* noch *Familiennachzug*. Die Familie soll geschützt werden, ja, aber dass sie nachkommen soll, gehört zur Überhöhung des deutschen Asylrechts.

➤ Wo nun vom Missbrauch der Flüchtlingsrechte die Rede ist, könnte man die 5. *Kolonne* erwähnen, die von der Türkei und arabischen Staaten wie Saudi-Arabien aus aufgebaut werden soll. Doch nur 20% der Türkischstämmigen hören auf die *Ditib*⁷ und ähnliche Indoktrinierer und Integrationsverhinderer. Eher sind die Parallelgesellschaften zu fürchten, die einen weiteren Missbrauch darstellen.

C - Wie kommt man von A nach B?

Die Forderungen aus 1., 2. und 3. (Menschenrechte und Flüchtlingskonvention) sind unangefochten wünschenswert, auch wenn es Probleme durch das Ungleichgewicht zwischen den postulierten Rechten und der Gewährung dieser Rechte gibt. Solange es sich um eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen handelt, tritt das Problem noch nicht auf.

Aber es gibt ein Problem der Zahl. Wenn Hunderttausende oder Millionen von Flüchtlingen kommen, werden bei den Einheimischen substantielle Einschränkungen, Umverteilungen und Verzichte fällig. Dann geht es nicht mehr ohne Grenzen und Priorisierungen, denn Haushaltsgelder können nur einmal ausgegeben werden.

Bei 4. (Asylrecht) wird die wohlmeinende Grundlage zu einer Übererfüllung. Zuerst das Dogma, *Grenzen auf, alle können herkommen*, dann das Dogma, *alle müssen integriert werden, und ihre Familien dazu*. Das erste Dogma ist von der CDU stillschweigend begraben, lebt aber weiter bei SPD, Grünen und Linken. Das zweite Dogma gilt noch, zumindest die erste Hälfte. Gegenwärtig ist der Familiennachzug ausgesetzt, weil die Allgemeinheit den nicht akzeptieren mag, und weil bald Wahl ist. Solche Entscheidungen gehören aber nicht einfach postuliert, sondern demokratisch diskutiert. Der Souverän ist das Volk, nicht das Grundgesetz, nicht die Menschenrechtskonventionen und schon gar nicht die Regierungspolitiker.

Über 5. (5. Kolonne) muss nicht diskutiert werden, das wünscht kaum jemand im Land. Als Folgerung ergibt sich dabei der Imperativ, dass der Staat über die Agenda wachen muss. Indoktrinierung von außen her muss verboten sein. Die Religionsfreiheit darf nicht über der Staatsraison stehen.

Hilfe in Gang

Bleibt festzustellen, dass schon viel getan wird. Die mentale Mobilisierung war erfolgreich, die Hilfsbereitschaft ist groß. Nun geht es darum, die Hilfsanstrengungen in die richtige Richtung zu bringen. Dazu muss man den Profiteuren aus der Flüchtlingshilfeindustrie (Schlepper, Vermieter ...) Grenzen aufzeigen, und die Zweckklugerei ("wir brauchen die Arbeitskräfte") beenden. Und die Dogmen gehören komplett geschleift.

Den Menschenrechten ist ja mit vorübergehenden Hilfsmaßnahmen Genüge getan, die auslaufen, wenn die Fluchtursachen enden. Wenn man die Menschenrechtskonventionen ernstnimmt, müssen die Fluchtursachen beseitigt werden, und die Hilfe muss vor Ort erfolgen.

Allmählich werden pragmatische Überlegungen salonfähig, bei denen in Kosten-Nutzen-Kategorien gedacht wird, und wo überlegt wird, wie die knappen Hilfsgelder am besten eingesetzt werden können. Und woher die Hilfsgel-

⁵ <http://www.wissenbloggt.de/?p=38634#asyl>

⁶ <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingschutz/Familienasyl/Familiennachzug/familienasyl-familiennachzug-node.html>

⁷ <http://www.wissenbloggt.de/?p=38359>

der kommen - es fehlt noch die Überlegung, dass die Verursacher von den Ausbeutungs-Verhältnissen und die superreichen Profiteure besonders herangezogen werden müssen. Auch die staatlichen Bombenwerfer, die so viele Flüchtlinge "generieren", gehören zur Flüchtlingshilfe herangezogen.

Was außerdem fehlt, ist ein Pflichtenkatalog für die Wirtschaftsflucht-Aspiranten. Nirgends ist die Rede von wünschenswerten Bemühungen zur Geburtenbeschränkung, wo Übervölkerung herrscht. Nirgends ist die Rede von den Pflichten zuhause, um dort einen gedeihlichen Staat aufzubauen.

Einwanderung ist nicht die Lösung

Diese Überlegungen schlagen sich inzwischen in der Diskussion nieder, warum Einwanderung nicht die globalen Probleme löst. Die Argumentation fußt vor allem darauf, dass nur bessergestellte Flüchtlinge die Schlepperkosten aufbringen können, eine Elite, die zuhause mehr bewirken könnte. Man mag gegenrechnen, dass die meisten Immigranten Geld nach Hause schicken und damit Hilfe leisten. Aber viel Geld geht für den Overhead drauf, der hierzulande alles teuer macht. Das ist ein starkes Argument dafür, Geld direkt an die Menschen vor Ort zu verteilen anstelle der herkömmlichen Entwicklungshilfe. Dann hat jeder Euro den zehnfachen Nutzen.

Das zweite Argument ist natürlich die Zahl. In Afrika herrscht immer noch Bevölkerungsexplosion. Immer noch kommen weltweit jährlich 80 Millionen Menschen dazu, die meisten in Afrika. Wenn 1 Million von dort auswandert, macht es kaum einen Unterschied. Das löst dort kein Problem, aber es schafft hier welche.

Um das ethische Fundament geht es im zweiten Teil:

Der zweite Teil der Gedanken um die Immigration soll sich mit demokratischen und ethischen Erwägungen befassen. Wie sollte die Flüchtlingshilfe angesichts knapper Ressourcen gestaltet werden?

Problem der Zahl

In den Konventionen und im Asylrecht finden sich fast gar keine Überlegungen zu knappen Ressourcen und Verteilungsproblemen. Im Grunde ist alles auf eine kleine Zahl von Hilfsbedürftigen ausgelegt, für die ohne große Umschichtungen gesorgt werden kann.

Doch aus dogmatischer Sicht sollen die uneingeschränkten Bedingungen unabhängig von der Zahl gelten, und das Problem der großen Zahl wird genauso ignoriert wie die Begrenztheit aller Ressourcen. Dogmatisch und frei von pragmatischen Gedanken in dieser Richtung sind auch die Wahlprogramme von SPD, Linken und Grünen, während die CDU die 360-Grad-Kehre hingelegt hat: 2014 Grenzen zu, 2015 Grenzen auf, 2016 Grenzen zu (siehe⁸ auch Wahlkampf X - Familiennachzug)

Die Dogmatiker stellen sich gegen Limits und Prioritäten, mit der Wirkung, dass die hintenrum längst eingeführt sind. Z.B. sind Europas Grenzen dichtgemacht, und eine Priorisierung gab es von vornherein - Flüchtlingshilfe *ja*, Vor-Ort-Hilfe *nein*.

Was bei dieser Heuchelei völlig fehlt, ist eine demokratische und pragmatische Diskussion, welche und wieviel Hilfe die Allgemeinheit leisten kann und will. Angesichts der allgemeinen großen Hilfsbereitschaft ist das ein unnötiges Manko. Auf der einen Seite steht die große Hilfsbereitschaft, auf der anderen eine noch größere Hilfsbedürftigkeit, und beides kommt nicht sinnvoll zusammen.

Diskussion

Die Agenda ist belastet durch Dogmatismus ("alle sollen herkommen und integriert werden") und Lügen ("wir brauchen die Arbeitskräfte"). Das alte Sünden-Prinzip wurde neu strapaziert: Die Religion machte einst alle zu Sündern, weil sie unzüchtige Gedanken hatten. Dann gab es die Nazi-Sippenhaft, die alle Deutschen zu Nazi-Sündern erklärte. Und nun eben der Öko-, Klima- und Flüchtlings-Sündenfall, nach dem wir exklusiv die globale Verantwortung tragen.

Als Resultat gab es praktisch gar keine Diskussion, wer kommen durfte und integriert werden sollte, und wem zeitweise oder vor Ort geholfen werden konnte oder durch reine Geldzuwendungen. Aus allen Diskussionen heraus fielen diejenigen, die nicht flüchten konnten, und die am hilfsbedürftigsten sind (siehe⁹ auch "Krisenmüde": Hilfsbereitschaft überbeansprucht - Solidarisierungspotential überreizt).

Dabei gibt es wichtige Fragen zu diskutieren:

- Soll die ganze Hilfe an die Zugereisten gehen, und die Leute vor Ort werden ignoriert?
- Sollen wirklich die Schlepper entscheiden, wer kommt?
- Kann nicht für das Geld, was ein zu Integrierender kostet, 10 Leuten vor Ort geholfen werden?
- Wenn den Etablierten substantielle Einschränkungen, Umverteilungen und Verzichte auferlegt werden, müssen sie dann nicht mitreden dürfen?
- Und muss über die Hilfsgelder nicht genauso abgestimmt werden wie über alle Haushaltspositionen?

⁸ <http://www.wissenbloggt.de/?p=38634>

⁹ <http://www.wissenbloggt.de/?p=38113>

- Sollen Limits und Grenzen wirklich weggeheuchelt werden?
- Muss es nicht Priorisierungen geben wie in fast allen anderen Ländern, wo das Land nach persönlichen Kriterien und nicht nach Ursprungsland entscheidet, wer einwandern darf?
- Müssen nicht diejenigen besonders zur Hilfeleistung herangezogen werden, die das System besonders reich gemacht hat?
- Und diejenigen, die die Flüchtlinge "generieren"?
- Muss nicht ein Pflichtenkatalog für Migrationswillige aus Nicht-Kriegsgebieten aufgestellt werden, der den Rechtenkatalog ergänzt?
- Ist Einwanderung überhaupt eine Lösung für das afrikanische Übervölkerungsproblem?

Es gibt aber noch weiter gefasste Fragen, die aus diesem Rahmen fallen. Damit sind die ethischen Grundlagen angesprochen, die in die Hilfs-Problematik hineinregieren.

Ethisches Fundament

Anderen Menschen zu helfen, ist ein natürliches menschliches Bedürfnis. Gern und zu Unrecht nehmen die Religionen das Urheberrecht dafür in Anspruch. Gegen die Religionen gibt es aber zwei schwerwiegende Argumente: Es gibt keine Religion, der weltweit alle Menschen zustimmen. Vielmehr konkurrieren die Religionen teilweise sogar gewalttätig untereinander.

Die Götter, auf denen die Religionen aufbauen, existieren nicht real. Sie sind Konstrukte, die nur dadurch existieren, dass Menschen sie denken (siehe¹⁰ Beweis für materielle Nichtexistenz Gottes). Dessen ungeachtet predigt jeder Gläubige seinen Gott mit Absolutheitsanspruch, und indem jeder was anderes predigt, erbringt er sogleich den Beweis für die Subjektivität der Götter-Vorstellungen.

Das bedeutet, es gibt keine ernstzunehmende religiöse Autorität, sondern bloß viele widerstreitende Autoritätsansprüche. Die ethische Grundlage ist deshalb nicht beim Glauben zu suchen, sondern beim Verstand, sprich Wissenschaft und Technik.

Es gibt keine christliche Technik und keine muslimische Technik. Technik kann ja nicht auf irgendwelchen Phantasien aufbauen, sondern nur auf der Wirklichkeit, wie die Wissenschaft sie beschreibt. Die Technik sorgt für die materielle Freiheit des Menschen; sie befreit den Menschen vom Überlebenskampf, von Hunger und Not.

Zumindest sollte sie das tun. Die Menschenrechtserklärungen bauen unausgesprochenermaßen auf diese Leistung der Technik, nur sprechen sie das Wort *Technik* nicht aus. Hier wird nun dafür plädiert, nicht bloß Rechte zu postulieren, sondern auch die Gewährung der Rechte explizit zu diskutieren.

Rechte, Pflichten

Muss man allen Hilfsbedürftigen gleichermaßen helfen, oder darf man Prioritäten einführen? Kann man ihnen im Gegenzug zur Hilfe auch Pflichten auferlegen?

Beide Fragen werden aus Sicht der Dogmatiker verneint. Keine Prioritäten, keine besonderen Pflichten. Dabei gibt es die Prioritäten längst in jedem Land, das eine geordnete Einwanderungspolitik betreibt. Da ist es gang und gebe, gewünschte Einwanderer auszusuchen und die anderen nicht einwandern zu lassen. Theoretisch ist sogar das deutsche Asylrecht eine Priorisierung, nur orientiert sie sich nicht an den Bedürfnissen des Staates, sondern an denen der Flüchtlinge, und de facto bekommen letztlich alle Staatshilfe.

Bei den Pflichten gibt es die selbstverständlichen Bürgerpflichten, die für alle gelten. Darüber hinaus werden den Immigranten kaum Pflichten auferlegt, keine Pflicht zur Integration, zur Emanzipation, zur Fortschrittlichkeit. Auch keine Pflicht zur Liberalität: Konservative Muslime können sehr liberal sein, wo es ihnen passt, z.B. um andere von ihrem Glauben zu überzeugen. Umgekehrt können sie dieselbe Freiheit verdammten, wenn sie dahin führt, dass Muslime vom Glauben abfallen; manche halten Apostasie für ein todeswürdiges Vergehen.

Unter den Dogmatikern gilt die Einwanderung aus fernen Kulturen als Bereicherung. Von vielen Bürgern wird sie aber als falsch empfunden. Ihnen wird keinerlei Einflussmöglichkeit zugestanden. Selbstausgewählte Zuwanderer kommen und müssen mit unbeschränkter Rechtepalette aufgenommen werden. Das einzige, was die Bürger dürfen, ist dafür zu zahlen. Daraus entsteht erhebliche Unzufriedenheit.

Wissenschaftliches Weltbild

Hier wird nun der Vorschlag unterbreitet, das wissenschaftliche Weltbild zur Pflicht zu machen. Wer einwandern will, soll sich das zu eigen machen, oder er wird eben nicht eingebürgert. Die Forderung ist also:

Wer an der modernen Technik in unserer Zivilisation teilhaben möchte, möge seinen Geist für die Wissenschaft öffnen und sich die intellektuellen Grundlagen aneignen. Das Wissen eröffnet ihm neue Perspektiven auf seinen Glauben und sollte ihn von der Verdummung genauso erlösen wie von der Verdammung der Wissenskultur.

Wer die Wissenschaft leugnet oder den Glauben über die Wissenschaft stellt, wird in unsere Zivilisation nicht eingebürgert. Hilfe wird gewährt, temporärer Aufenthalt oder Hilfe vor Ort. Aber keine Bürgerrechte mit Wahlrecht usw.

¹⁰ <http://www.wissenbloggt.de/?p=37924>

Damit wird auch dem Problem der Verbreitung insuffizienter Kulturen begegnet. Viele Einwandernde fliehen ja vor den Defiziten ihrer Kultur, die den Staat zuhause unerträglich machen. Zugleich wollen sie diese Kultur mitnehmen und hier danach leben. Das sollte nicht unterstützt werden.

Argumente

Klarerweise verstößt das gegen den vorherrschenden Dogmatismus, nach dem es keine Menschen zweiter Klasse geben darf und nach dem jeder seine Kultur bei uns ausleben darf. Im Extremfall der Einwanderungsgesellschaft¹¹ gilt die bedingungslose Gleichstellung von Menschen aus aller Welt mit den Einheimischen. Niemand wird ausgeschlossen, und alle Einwanderer "mehren den kulturellen Reichtum". Es sei humanitäre Verpflichtung, die Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen die Staatsangehörigkeit zu schenken.

Das stimmt aber nicht und wird so extrem nicht mal von der Flüchtlingskonvention verlangt. Die humanistische Verpflichtung ist doch nur, Flüchtlingen zu helfen und ihnen einen sicheren Platz zu verschaffen, der nicht unbedingt bei uns sein muss. Besser ist die Hilfe vor Ort gemäß der Menschenrechtskonventionen.

Was die dogmatische Argumentation ganz aushebelt, ist die Tatsache, dass der Anspruch *maximale Rechte für alle* de facto zu besonders ungerechten Priorisierungen führt. Wo nicht abgewogen werden darf, gibt es keine ausgewogenen Prioritäten. Wo der Dogmatismus die allgemeine Hilfsbereitschaft überfordert, wird die Hilfe von den medial Bestverkauften abgeräumt und bei denen vor Ort kommt nichts mehr an.

Mag sein, dass die Vorschläge mit Grenzen, Prioritäten und wissenschaftlicher Weltbildpflicht vielen nicht gefallen. Wer aber ehrlich ist, muss ihnen zugestehen, dass sie für mehr Gerechtigkeit und letztlich bessere Hilfe stehen. **Unterm Strich ist der Dogmatismus dem Pragmatismus immer unterlegen: Dogmatismus heißt *das Beste wollen*, Pragmatismus heißt *das Beste draus machen*.**

¹¹ <http://www.wissenbloggt.de/?p=37478#einw>